

Es geht uns doch gut !  
.....wirklich ?



Es gibt noch kleine Flecken auf dieser Erde, wo es noch verhältnismäßig vielen Menschen gut geht. Ein solches Fleckchen ist die Bundesrepublik Deutschland. Durch penetrierende Wiederholung des Slogans "Uns geht es doch gut" hat es die CDU geschafft dieses Mantra als ein feststehendes Glaubensbekenntnis des Merkelismus zu etablieren. Es dreht sich um den Fetisch Geld und mit dem Geld um Konsum. Ja, ohne Geld ist alles nichts. Dennoch: ist Konsum und Geld alles, namentlich das, was wir vor unserem Selbstverständnis wirklich brauchen? Die Realität monetären Reichtums war und ist keine Garantie für ein erfülltes Leben. Im Gegenteil: Viele sind überfordert von dem, was ihnen ihr materieller Wohlstand abverlangt. Manche sehen sich ständig in Sorge um ihr Geld, andere haben Sorgen um ihren Arbeitsplatz, Arbeitsbedingungen, der Lohn reicht nicht, leiden an existentieller Unsicherheit, nicht wenige über weite Strecken getrennt von ihrer Familie. Selbst viele derjenigen, die Karriere machen, Erfolg haben, werden verbrannt oder verbrennen sich selbst: "Burn Out". Nach seriösen Prognosen steuert die Bundesrepublik Deutschland auch ohne Migranten auf eine kaum vorstellbare Altersarmut zu. Was sind niedrige Arbeitslosenraten wert, wenn viele der entstandenen Jobs den Menschen nicht zum Leben reichen? Was hat die Bevölkerung von wachsendem Wohlstand, wenn zehn Prozent der deutschen Haushalte über drei Viertel des Gesamtvermögens verfügen?

Wie lange wird es den Menschen im gesamten Mitteleuropa noch –in materiel-  
ler Hinsicht– verhältnismäßig "gut" gehen, wo sich um dieses begrenzte Terri-  
torium herum Abgründe auftun, vor allem in Regionen, wo sich Menschen vor  
dem neoliberalen Wirtschaften überhaupt nicht mehr schützen können:

- 60 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht,
- 850 Millionen Menschen hungern,
- 2 Milliarden Menschen leiden an Mangelerscheinungen,
- 750 Millionen Menschen haben keinen sicheren Zugang zu Wasser.

Der Wohlstand derer, denen es gut geht, ist ein Wohlstand auf Kosten dieser Menschen.

Krisen haben wir überall, wenn auch nicht überall in gleichem Maße und in allen Facetten überall gleich ausgeprägt. Bleiben wir in Deutschland (teilweise zitiert aus C. FELBER, Gemeinwohl-Ökonomie, Wien 2014):

## Krise der Marktwirtschaft

Haben wir in ganz Europa eine Krise der Marktwirtschaft und darüber hinaus eine Staatsschuldenkrise? Der Vergleich von staatlichem Vermögen –auf das der Staat in Form von Steuern und Abgaben zurückgreifen könnte– mit staatlichen Schulden liegt bei 1 : 1. Das gesellschaftliche bzw. private Vermögen ist hier nicht berücksichtigt. Gemessen an seinen laufenden Einnahmen, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist der Staat mit 70% verschuldet. Bei den sogenannten Häuslebauern sieht das meist schlechter aus, deren Verschuldung im Vergleich mit dem Einkommen bei 300-400% liegt (Heiner Flassbeck). Die Frage ist jedoch, wer für den in Deutschland angehäuften Schuldenberg die Verantwortung übernimmt. Niemand nimmt noch ernsthaft an, dass sie jemals zurückgezahlt werden können. Auch mit einer sogenannten "Schwarzen Null" im deutschen Staatshaushalt kann nicht über 2.149 Milliarden EURO Staatsschulden hinweggesehen werden (Stand: Ende 2015). Diese gigantische Staatsschuldenquote kann jetzt aktuell, selbst in einer boomenden Konjunktur, kaum zurückgeführt werden. Die "Schwarze Null" erkaufte sich der Bundesfinanzminister beispielsweise mit Privatisierungen von Staatsvermögen wie auch mit einem Instandsetzungs- und Investitionsstau. Es geht nur noch um die Frage, wann und wieviel auf die aktuelle Schuldenquote draufgepackt werden. Viele europäische Staaten lassen sich unter einen Rettungsschirm stellen.

Zurzeit retten wir systemrelevante Banken mit ungeheuren Summen Steuergeldern. Das bedeutet nichts anderes, als das Ende der Marktwirtschaft. Wir haben schon deshalb keine Marktwirtschaft, da in unserer Wirtschaftsordnung systemrelevante Akteure auftreten, die von einem Wettbewerbsrecht, einem Insolvenzrecht und von ihrer Haftungsverantwortung –im Gegensatz zu anderen Eigentümern– entlastet sind. Keine klare Aussage gibt es darüber, was "systemrelevant" bedeutet. Sichtbar ist nur, wer davon profitiert: namentlich Akteure, die am Markt versagt haben.

Eine Marktwirtschaft, die einen strukturellen Handelsbilanzüberschuss anstrebt oder erzielt, ist keine soziale Marktwirtschaft mehr. Insgesamt sollten die Handelsbilanzen der Länder ausgeglichen sein, denn der Überschuss eines Landes bedeutet automatisch ein Defizit eines anderen Landes. Das kann in einer sozialen Marktwirtschaft nicht das Ziel sein. Das ist alles andere als sozial und solidarisch.

Wo echter Wettbewerb durch Monopolisten erstickt wird, gibt es auch keine Leistungsgesellschaft / Leistungsgerechtigkeit mehr. Wettbewerb als Mittel zur Auslese, zur Leistungssteigerung, sowie zur optimalen Lösung wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und wissenschaftlicher Aufgaben, das Prinzip der unsichtbaren Hand des Adam SMITH, gilt heute unter Ökonomen als Mythos, entpuppte sich als eine bloße Meinung. Es fehlt für die auch in Universitäten immer noch verbreitete These jeder wissenschaftliche Beleg. Dagegen zeigen moderne Studien aus der Sozialpsychologie, Spieltheorie, Neurobiologie übereinstimmend, das nicht etwa Konkurrenz der effektivste Motor des Wirtschaftens darstellt, sondern Kooperation. Dabei wird zudem übersehen, dass zwei Drittel der gesamten Wirtschaftsleistung im Non-Profit-Segment erbracht werden. Die vielen Menschen, die ohne Geldforderungen Leistungen für die Gemeinschaft erbringen oder in schlecht bezahlten sozialen Berufen arbeiten, brauchen Konkurrenz nicht zu fürchten und dennoch arbeiten viele bis zum umfallen, zum großen Teil aus reiner Menschenliebe.

Die Motivation, die Menschen in konkurrenzierenden Strukturen antreibt hat gegen die intrinsische Motivatoren der in kooperativen Strukturen keine Chance: Anerkennung, Wertschätzung, gemeinsame Zielsetzung. Das sind alles Anreize, die eine Beziehung gelingen lassen. Konkurrenz hingegen, zerstört prinzipiell Beziehungen. Ihr Hauptantrieb ist die nackte Angst vor Verlust im besten Fall gepaart mit der Lust, besser sein zu können.

## Finanz- und Währungskrise

Der Stabilitätspakt war das Fundament und die Voraussetzung für eine gemeinsame Währung in Europa. Die führenden europäischen Nationen, Deutschland und Frankreich, haben als erste den Stabilitätspakt gebrochen. Sämtliche Herausforderungen rund um die europäische Währung sind bis heute ungelöst. In der Krise ist es der Euro-Zone, der Europäischen Zentralbank (EZB) und dem Internationalen Währungsfonds in mehreren Notoperationen zwar gelungen, den Euro vorläufig zu stabilisieren, doch grundlegende Mängel wie das gewaltige wirtschaftliche Gefälle in der Eurozone, das Fehlen gemeinsamer Finanzinstrumente oder nationaler Eigensinn in der Wirtschafts- und Steuerpolitik, halten den Euro schwach und anfällig. Die lockere Geldpolitik der EZB –Anleihekäufe– und niedrige Zinsen ermuntern zu unangemessener Risikobereitschaft, politischer Selbstzufriedenheit, fehlgeleiteten Kapitalströmen und zu Preisblasen.<sup>1</sup> In Deutschland besteht die Gefahr einer Überhitzung der Wirtschaft (vgl. Ifo-Geschäftsklimaindex). Diese Gefahr besteht akut auf dem Immobilienmarkt. Ein Ausstieg aus der Zinspolitik der EZB hätte harte

---

<sup>1</sup> Zitat Bundesfinanzminister Schäuble, zitiert im ABB 21. April 2017, Artikel: "Schäuble verteidigt Exportüberschüsse", S. 2.

Konsequenzen für die Schulden tragfähigkeit vieler Staaten. Einzige Lösung bisher: Austerität und Staaten mit weiteren, neuen Sparpaketen. Die Zeche zahlen die einfachen Leute.

Experten prophezeien einer Politik der permanent zeitlichen Verschiebung und Verlagerung der ungelösten Herausforderungen nach dem Debakel in der Banken- und Finanzbranche ein dickes Ende.

## Arbeitsmarktkrise

Wir haben in vielen Ländern Europas eine Arbeitsmarktkrise mit exorbitanter Jugendarbeitslosigkeit, beispielsweise in Spanien von über 50 Prozent, die nun mit den Spardiktaten der EU auf mindestens 56 Prozent anstieg. In manchen Ländern gibt es noch Jobs, aber zunehmend zu schlechter Bezahlung – Vorreiter Deutschland–. Der sogenannte "freie" Markt wirft die Arbeitnehmer aus den Tarifverträgen. Mit deren Freiheiten ist es nicht mehr weit her. Arbeitnehmer müssen sich zunehmend immer härtere Arbeitsbedingungen mit schlechterem Lohn zufrieden geben, teilweise an weit entfernten Standorten. Es ist zu erwarten, dass sich selbst im Zeichen eines erklärten Fachkräftemangels in Deutschland diese Entwicklung vor allem im Dienstleistungssektor (Stichwort: Dienstleistungsprekariat) weiter fortsetzt.

## Armutskrise

Die soziale Schere öffnet sich immer weiter. Reiche werden immer reicher – Arme immer ärmer. Selbst in den reichsten Ländern Europas steigt die Zahl der Empfänger von Sozialleistungen und auch die Familien- und Kinderarmut stark an. Kommunen verkaufen in dieser Situation den hergebrachten Bestand an preisgünstigen Wohnungen an sogenannte "Heuschrecken". Viele Leute in den Städten werden gentrifiziert, müssen ihre modernisierten Mietwohnungen verlassen.

Wer glaubt, dass in Deutschland eine heile Welt herrscht, wird von dem Schuldneratlas eines Besseren belehrt. Der Schuldneratlas der CreditReform zum Stichtag 01.10.2017 verdeutlicht, dass Überschuldung nicht nur ein Problem von Geringverdienern ist. Immer öfter trifft es die Mittelschicht, obwohl der Arbeitsmarkt stabil ist und die Wirtschaft bis zur Überhitzung brummt. Bereits zum vierten Mal in Folge ist die Überschuldung von Privatpersonen in Deutschland angestiegen. Mit einer Überschuldungsquote von 10,4 Prozent sind 6,9 Millionen Bundesbürger über 18 Jahre mit nachhaltigen Zahlungsstörungen betroffen. Das sind 65.000 Personen mehr als zum Stichtag 2016. In Städten und Großstädten sind die Menschen höher und öfter verschuldet wie

in ländlichen Gebieten. Die Ursache des Anstiegs trotz guter Konjunktur hat unterschiedliche Ursachen, so im Kaufverhalten der Betroffenen, bei unerwarteten Ausgaben, Arbeitslosigkeit, Scheidung oder bei einer Altersüberschuldung. 2017 mussten 194.000 Menschen ab einem Lebensalter von 70 Jahren als überschuldet eingestuft werden. Die Überschuldung der jüngsten Altersgruppe ist hingegen rückläufig. Insgesamt gelten 1,66 Millionen Menschen unter 30 Jahre als überschuldet.

Als armutsgefährdet gilt heute, wer weniger wie 958 € Netto-Einkommen hat. Das Armutsrisiko wird bis in das Jahr 2036 der dann 67-Jährigen steigen von heute 16 Prozent auf 20 Prozent. Treffen wird es v.a. Frauen, weil ihr sozialversicherungspflichtiges Einkommen zum Leben meist nicht reicht. Deren Anteil wird nach den Simulationsberechnungen einer Bertelsmann-Studie steigen von heute schon 16 Prozent auf 28 Prozent bis 2036. Das bestätigt auch der Sozialversicherungsverband VdK.<sup>2</sup> Die Situation wird wie folgt beschrieben:

- Zunahme von Unterbrechungen im Arbeitsleben.
- Unsichere Beschäftigungsverhältnisse.
- Lohndumping, v.a. im Niedriglohnsektor
- Erwerbsorientiertes Versorgungssystem.
- Qualifizierung von potentiellen Beschäftigten.

Der Sozialrichter a.D. Jürgen Borchert stellte einen fundamentalen Konstruktionsfehler der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung beim Start vor 60 Jahren fest, der einer Enteignung der Eltern gleichkomme, da der "Kindernutzen" in Form der Alterssicherung vergesellschaftet wurde, während die Kinderkosten ganz überwiegend bei den Eltern verblieben sind. Seine Feststellung gipfelt in der Aussage: " Wer Kinderarmut sät, wird Altersarmut ernten". Hier besteht ein enger Zusammenhang mit dem Thema Armut in Deutschland. Der Bertelsmann-Studie aus 2016<sup>3</sup> ist zu entnehmen, dass der Anteil der Kinder in Familien mit Hartz IV-Bezug 14,7 Prozent beträgt – mit steigender Tendenz. Die Kinderarmut ist also heute bereits weit höher als die zu erwartende Altersarmut. Jeder weiß, dass wir in Deutschland einen deutlichen Anstieg der Kinderarmut feststellen müssen. Jeder hat schon etwas von einer kommenden Altersarmut gehört. In der Bertelsmann-Studie wird von einer Zunahme der Rentner/innen in Grundsicherung von jetzt etwa 5% auf 7% bis zum Jahr 2036 ausgegangen. Nach dem Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung., nach dem Alterssicherungsbericht der Bundesregierung 2017, und Ber-

---

<sup>2</sup> Studie der Bertelsmann-Stiftung 2016, "Deutschland wächst weiter – mit Folgen fürs ganze Leben"; „Leistungsgerechtes Rentenkonzept statt Kollaps“, Verband Familienarbeit e.V., Familienarbeit heute 4/2016; S. 5-8. Acher- und Bühler Bote, 27.06.17, Artikel: "Wenn das Geld knapp wird – Studie der Bertelsmann-Stiftung ernüchtert, Zeitgeschehen, S. 3.

<sup>3</sup> ebd.

telsmann-Studie 2017: Im Jahr 2036 ist jeder 5. Neurentner von Altersarmut betroffen.

Wir stehen vor dem Ausstieg aus dem bewährten Solidarsystem des Generationenvertrags; Stichwort hier: Privatisierung der Renten.

## Ökologische Krise

Wir haben weltweit eine massive, ökologische Krise. Gigantische Mengen an Plastik landen letztendlich in den Ozeanen, wo sich Plastikteppiche in kontinentaler Größe gebildet haben. Der Eintrag von persistenten, bioakkumulierenden und toxischen Chemikalien in die Umwelt nimmt trotz aller Umweltschutzvorschriften oder Umweltschutzabkommen zu. Die gegenwärtige Konzentration von CO<sub>2</sub> ist wahrscheinlich der höchste Wert seit 15 bis 20 Millionen Jahren. Zu allem Überfluss liegen Luxusshipps im Trend, welche für Urlauber (!) mit ihrem Schweröl CO<sub>2</sub>-Emissionen in die Luft blasen, die von der Menge her den giftigen Ausstoß aller Autobesitzer in unserem Land übertreffen. Mittlerweile ist in Arktis und Antarktis, den ökologisch sensibelsten Gebieten der Erde, ein Wettlauf um Ölvorkommen im Gange, wo jeder um die permanente Ölverschmutzung dieser Förderanlagen weiß, ganz zu schweigen von der naheliegenden Gefahr einer Ölpest durch Leckagen. Das ganze Öl, das aus der Erde gefördert wird, verteilt sich nach seiner Verbrennung in Containerschiffen, Flugzeugen, Automotoren ..... etc. "raffiniert" im doppelten Sinne, als Gift im Meer, in der Luft oder auf der Erdoberfläche. Die nicht mehr quantifizierbaren geförderten Ölbarrels bleiben –in welchem Aggregat- oder Massezustand auch immer– auf der Erdoberfläche, wo sie nicht hin gehören. Mit cleveren, raffinierten Methoden werden unter die Erdoberfläche die giftigsten Substanzen gepumpt, welche Chemiker kennen, um wiederum ausgerechnet Öl an die Erdoberfläche zu befördern (sogenanntes "Fracking"). Dabei wird so getan, als ob die Erdoberfläche eine hermetisch abgeschlossene, undurchdringliche Hülle wäre. Landwirtschaftliche Flächen werden permanent mit chemischen Gift besprüht, die Meere als Sonderdeponien missbraucht, verkommen zu einer verstrahlten Kloake mit einer Unmenge von Fremdstoffen. Das Meer wird allein aufgrund des CO<sub>2</sub>-Emissionen sauer, was ein unkalkulierbares Artensterben auslöst hat oder demnächst auslösen wird. Diese Anklagen ließen sich unendlich fortsetzen. Die Liste ließe sich von Arten- / Bienensterben, dem rapiden Rückgang der Insekten, der weltweiten Ausbringung von Pestiziden und Herbiziden auf fruchtbare Böden, dem Eintrag von persistenten, bioakkumulierenden und toxischen Chemikalien in die Umwelt (Nitrat, Dioxine, PFC, PAK´s), bis hin zur Vermüllung der Meere mit Plastikteilen und Mikroplastik fortsetzen. Wir könnten mit einem ökologisch-nachhaltigen Wirtschaften nicht nur die CO<sub>2</sub>-Emissionen um ca. 1/3 senken. Das hieße nur auf einer dieser ökologi-

schen Baustellen im Umkehrschluss: Wir nehmen Menschen in anderen Ländern oder zukünftigen Generationen ihre Lebenschancen.

Diese Entwicklung ist zutiefst illiberal. Wenn sich wenige, nur um des kurzlebigen Profits willen mehr nehmen als die Erde hergibt, unkalkulierbare Risiken eingehen, unermessliche Schäden an Natur und Umwelt verursachen, handelt sich dabei strukturelle Menschenrechtsverletzungen. Einige Leute und Nationen beanspruchen ganz unbescheiden ein Vielfaches, was ihnen bei einer global gerechten Verteilung der zur Verfügung stehenden Ressourcen zustehen würde.

## Klimakrise

Wir haben eine Klimakrise, wenn wir es nicht schaffen, die angestrebte 2%-Marke beim weltweiten Ausstoß von Kohlendioxid zu erreichen. Doch es deuten alle Zeichen darauf hin, dass die in Paris beschlossenen Klimaziele nicht erreicht werden. Die USA steigen aus diesen Vereinbarungen ganz aus, andere bringen den politischen Willen der Umsetzung der Klimaziele vor der eigenen Haustür nicht auf. Die Ergebnisse der Klimaschutzkonferenzen zeigen, dass gerade das "Wollen" der Hauptemittenten fehlt. Wir werden uns an sehr unangenehme Lebensbedingungen gewöhnen müssen, wenn uns eine Anpassung überhaupt noch gelingen kann.

## Sinnkrise

Wir haben eine tiefe Sinnkrise, da zwei Drittel derer, die selbst die Menschen, die einen Vollerwerbsarbeitsplatz haben, keine befriedigende Erfüllung mit ihrer Tätigkeit empfinden. Etwa 50 Prozent der 15-25 jährigen jungen Menschen in den Wohlstandsländern sind kaufsuchtgefährdet. Das, was die Marktwirtschaft ursprünglich befriedigen wollte, namentlich die Befriedigung der Grundbedürfnisse, hat sich umgedreht und ist zum Selbstzweck geworden. Es werden Bedürfnisse befriedigt die in Wirklichkeit keine sind, die menschliche Gier gefördert und das Bedürfnis des Kapitals nach immer mehr Wachstum.

## Demokratiekrise

Wir haben schlussendlich eine fundamentale Demokratiekrise. Wenn sich reiche Leute, wie in US-Amerika, eine Partei oder ein Parlamentsclub kaufen können, braucht nichts mehr erklärt zu werden. Die Parlamente nehmen heute viele mehrheitsfähige Bedürfnisse in angemessener Weise nicht mehr auf. So haben wir eine ganz massive Demokratiekrise, sowohl den Parlamentarismus,

als auch die Parteien betreffend. Die Frage muss immer wieder gestellt werden: ob ein Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit ein Eingriff ist, der die Absicherung gleicher Rechte und Freiheiten für alle zum Ziel hat. Zu hohe Vermögen, das zu große Einkommen oder das zu große Unternehmen in alleiniger privater Verfügungsgewalt, begrenzen illiberal und illegitim die Interessen und Freiheiten der anderen. Die Freiheit eines Einzelnen oder einer Gruppe darf nur soweit gehen, wie sie die Freiheit anderer nicht eingeschränkt. Es obliegt der Umwelt, der Gesellschaft und letztlich dem Staat, die Freiheit von Individuen zu schützen.

Europa ist mit den sogenannten Freihandelsabkommen gerade dabei, seinen Schutzschirm gegen das sogenannte neoliberale Wirtschaften ganz aufzugeben. Das zeigen die Erfahrungen aus dem Freihandelsabkommen zwischen Mexiko, Kanada und den USA (NAFTA), das bereits vor 20 Jahren abgeschlossen wurde. Arbeitsplätze in den USA wanderten in das Billiglohnland Mexiko ab, weil dort die Arbeitskräfte zu Hungerlöhnen beschäftigt werden können. Viele Betriebe in den USA und in Mexiko mussten wegen NAFTA dicht machen, weil sie der Billigkonkurrenz der großen Konzerne, die nun den Markt bestimmen, nichts entgegenzuhalten haben. Die Starken gewinnen, die Schwachen gehen unter.<sup>4</sup> Hinzu kommt die flächendeckende und weltumspannende Speicherung von persönlichen Daten jedes Bürgers und jeder Bürgerin, egal was sie selbst machen, mit ihrem Geld machen, mit wem sie korrespondieren und wo sie sich aufhalten – Mit dem Abspeichern der Privatsphäre jedes Bürgers verfügen irgendwelche Leute über Informationen, die im Bedarfsfall jederzeit abgerufen werden können und so sich keiner mehr vor dieser unsichtbaren Macht sicher sein kann. Jedes Individuum ist auf diese Weise potentiell angreifbar.

Mehr Freiheit von Akteuren in der Wirtschaft oder sonstiger Gruppen bedeuten nicht unbedingt auch mehr Freiheit für andere. Dieser tragische Irrtum des liberalen Verfassungsstaates muss endlich geheilt werden.

## Noch alles gut ?

Es gehört ein sehr hohes Maß an Realitätsverweigerung dazu, die real existierenden negativen Entwicklungen in das Glaubensbekenntnis: „Uns geht es doch gut“ umzudeuten. Wohin die Reise gehen könnte, kann und sollte ausschließlich der demokratische Souverän beantworten. Die Politik kann und will es nicht mehr. Es ist absehbar, dass es unsere Enkel mit einem Scherbenhaufen

---

<sup>4</sup> Fazit aus: "Die Story im Ersten: Wohlstand für alle. Was bringen Freihandelsabkommen?", 18.05.2015.



zu tun bekommen, den wir heute noch Zivilisation nennen. Das ist keine Schwarzmalerei, sondern eine nüchterne Prognose im Spiegel der Fakten, ob uns diese Prognose gefällt oder nicht. Missstände im Innern unserer sogenannten Wohlstandsinsel werden nicht nur ignoriert, sondern alternativlos noch weiter verstärkt.

Nach dem real existierenden Sozialismus fährt nun mit Vollgas auch das orthodoxe, neoliberale Wirtschaftsmodell an die Wand. Dabei beobachten wir, dass "der Kongress (immer noch) tanzt".<sup>5</sup> Die bestimmenden Kräfte versuchen es wieder einmal –wie es nach der endgültigen Niederlage Napoleons schon einmal war– zusammenzuhalten, was so nicht mehr zusammengehalten werden kann. Aus der Geschichte offenbar nichts gelernt. Sie wollen mit der alten Denkweise, mit alten Rezepten, mit der Macht ihres monetären Reichtums restaurieren, was so nicht mehr zu reparieren ist. Den Kapitalismus, den wir heute erleben, stirbt an sich selbst (Karl Marx). Die herkömmliche Art "haus zu halten" bäumt sich jetzt noch einmal mächtig auf, bevor sie dem Credo der Ausgrenzungs- und Wegwerfgesellschaft selbst anheim fällt. Dieser agonale Zustand kann noch viel Schaden anrichten, bevor diese Scheinwelt in sich zusammenbricht.

Wollen wir, dass die Menschheit langsam aber sicher abgleitet: in die umfassende Kontrolle eines *George ORWELL*; in die „Schöne, Neue Welt“ von *Aldous HUXLEY*; zusammengehalten durch ein „Regelsystem für einen globalen Menschenpark“ (*Peter SLOTERDIJK*) ?

Von "Erfolg" zu reden, während Millionen Menschen sogar in vermeintlich reichen Ländern in Armut leben, wo systemisch und systematisch der Erfolg von Wenigen (Individuen oder Staaten) zwangsläufig immer eine Niederlage von vielen anderen bedeutet, hat mit dem Konsens über unsere grundlegenden Werte nichts mehr zu tun.

Was wir benötigen, ist eine neue Auffassung von wirtschaftlichem und politischem Erfolg, der sich nicht an einem Tauschmittel, sondern an menschlichen Bedürfnissen orientiert.

Edmund Mißner



---

<sup>55</sup> vgl. Verhandlungsrunden der Welthandelsorganisation, und der Bemühungen um eine umfassende Ökonomisierung aller Lebensbereiche, Aushöhlen von freiheitlichen und rechtsstaatlichen Verfassungen, mit einer neuen Generation von multilateralen / plurilateralen sogenannten Freihandels- und Dienstleistungsabkommen.